

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 15. Sitzung (19. TA)

des Ausschusses für Soziales,

Gesundheit und Senioren

am Montag, 04.09.2023, Rathaus,
Friedrich-Ebert-Platz 1, 5. OG,
Sitzungsraum Wupper (5.07)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:35 Uhr

Anwesend:

CDU

Michaela Di Padova

anwesend bis TOP 6

Tim Feister

Stv. Vorsitzender

Joshua Kraski

Christoph Meyer zu Berstenhorst

SPD

Gisela Eickhoff-Prochno

Milanie Kreutz

SPD Vertretung für Koepke, Eva Ariane

Laura Rodriguez

Oliver Ruß

Vorsitzender

Regina Sidiropulos

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Stefan Baake

Zöhre Demirci

2. stv. Vorsitzende

Dirk Udo Trapphagen

BÜRGERLISTE

Ralf Peter Müller

anwesend bis TOP 6

OP

Stephan Adams

AfD

Andreas Keith

Vertretung für Liese, Patrick Ricardo

FDP

Friedrich Busch

anwesend bis TOP 7

DIE LINKE

Keneth Dietrich

Klimaliste Leverkusen

Andreas Hollstein

Vertretung für Baare, Ingrid

Beratende Mitglieder gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII):

Walter Fuchs-Stratmann

Diakonie

Petra Jennen

Arbeiterwohlfahrt

Gundula Uflacker

Caritas (In Vertretung von Herrn Klein

Verwaltung:

Alexander Lünenbach

Beigeordneter, Dez. III

Katrin Arndt

Dez. III (Bürger, Umwelt u. Soziales)

Viktoria Daniel

Dez. III (Bürger, Umwelt u. Soziales)

Dr. Mirja Stevens

Gesundheit (53)

Sabine Willich

Soziales (50)

Georg Eiteneuer

Schulen (40)

Schriftführung:

Cornelia Jürgens

Soziales (50)

Sonstige Teilnehmer:

Katja Budera

Behindertenbeirat

Es fehlen:

CDU

Heinz-Jürgen Pröpper

SPD

Eva Ariane Koepke

AfD

Patrick Ricardo Liese

Klimaliste Leverkusen

Ingrid Baare

Sachkundige Einwohner gem. § 58 Abs. 4 GO NRW

Dina Elouriaghli

Beratende Mitglieder gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII):

Wolfgang Klein

Caritas

Reiner Mathes

Der Paritätische Wohlfahrtsverband

Dr. Josef Peters

Deutsches Rotes Kreuz

Bernhard Schuster

Behindertenbeirat

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>Seite</u>
1	Eröffnung der Sitzung5
2	Niederschriften5
3	Erstellung eines Konzepts für ein kommunales Medienbildungszentrum - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21.04.2023 - Nr.: 2023/22005
4	Sprachmittlung im Gesundheitswesen - Antrag des Integrationsrates vom 07.02.2023 - Nr.: 2023/23756
5	Remigius-Krankenhaus - Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 23.06.2023 - m. Schr. Klinikum v. 07.08.2023 - Nr.: 2023/23217
6	Bericht über die Arbeit der Suchthilfe Leverkusen gGmbH - Bericht 2022 - Nr.: 2023/2183.....8
7	Schuldnerberatung in Leverkusen9
7.1	Ausbau der Schuldnerberatung - Nr.: 2023/22859
7.2	Jahresbericht 2022 der Schuldnerberatung in Leverkusen - Nr.: 2023/2320 11
8	Förderung einer halben Stelle für die AWO für die Weiterführung und Weiterentwicklung von ehrenamtlich geführten Projekten am Berliner Platz für die Zielgruppe Familien mit Migrationshintergrund ab Februar 2024 - Nr.: 2023/2294..... 11
9	Beauftragter für Fußgänger und Barrierefreiheit - Antrag der SPD-Fraktion vom 26.06.2023 - Nr.: 2023/2290 12
10	Bestellung der Schriftführung und stellvertretenden Schriftführung für den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren - Nr.: 2023/2368 . 12
	Bericht des Dezernenten 12
	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 5/2023)..... 14

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Rh. Ruß (SPD) lässt darüber abstimmen, dass der TOP 10 vorgezogen und nach TOP 2 beraten wird.

- einstimmig -

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), lässt darüber abstimmen, dass bei TOP 7 die Reihenfolge der Unterpunkte 7.1 und 7.2 getauscht wird.

- einstimmig -

Rh. Feister (CDU) merkt an, dass die Eingangstür zum Gebäude verschlossen war und die Bürgerinnen und Bürger deshalb einen erschwerten Eintritt zu den heutigen öffentlichen Sitzungen hatten. Die Verwaltung sagte zu, sich darum zu kümmern, dass bei den künftigen Sitzungen die Eingangstüre wieder geöffnet ist.

Redaktioneller Hinweis.

Es hat erst kürzlich ein Wechsel der betreuenden Sicherheitsfirma stattgefunden, die Mitarbeitenden waren noch nicht mit den Gepflogenheiten bei öffentlichen Sitzungen vertraut. Künftig haben Bürgerinnen und Bürger wieder Zutritt wie gewohnt.

2 Niederschriften

Die Niederschrift der 14. Sitzung (19. TA) vom 08.05.2023 des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Senioren wird zur Kenntnis genommen.

3 Erstellung eines Konzepts für ein kommunales Medienbildungszentrum - Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21.04.2023 - Nr.: 2023/2200

Herr Trapphagen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erläutert zusätzlich zum Antrag, dass Bildung wichtig ist und die Ausstattung mit digitalen Medien ein Pluspunkt für Leverkusen wäre.

Rf. Kreuz (SPD) weist auf einen bereits im Kinder- und Jugendhilfeausschuss gehaltenen Vortrag hin. Es gibt alles bereits schon, heißt nur nicht so. Die SPD stimmt deshalb dem Antrag nicht zu, weil Leverkusen schon auf einem guten Weg ist. Herr Adams (OP) kritisiert eine fehlende Stellungnahme der Verwaltung und teilt mit, dass seine Partei gegen den Antrag ist.

Herr Hollstein (Klimaliste) teilt mit, dass es nach seinen Kenntnissen bereits

einen Bericht der Verwaltung gibt, der nur noch nicht verschickt wurde.

Herr Beigeordneter Lünenbach (Dez. III) ergänzt hierzu, dass das Thema bereits im Schulausschuss thematisiert wurde.

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), lässt über den Antrag abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 3 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
dagegen: 13 (4 SPD, 5 CDU, 1 OP, 1 AfD, 1 FDP, 1 Klimaliste)
Enth.: 1 (BÜRGERLISTE)

- 4 Sprachmittlung im Gesundheitswesen
- Antrag des Integrationsrates vom 07.02.2023
- Nr.: 2023/2375

Herr Busch (FDP) stellt wegen noch offener Fragen bzgl. der Haftung der Sprachmittler und Professionalisierung der Sprachmittlung einen Vertagungsantrag in den nächsten Turnus.

Rh. Feister (CDU) schlägt vor, den Antrag als erledigt zu betrachten, da die Sprachmittlung bereits auf dem Weg ist. Herr Beigeordneter Lünenbach (Dez. III) ergänzt hierzu, dass durch den Fachbereich Gesundheit (53) und das KI eine Projektskizze für das Konzept Gesundheitslotsen erstellt wurde, die sich noch in der Prüfung befindet. Die Umsetzung ist Anfang nächsten Jahres geplant.

Die Thematik ehrenamtliche Sprachmittlung wird diskutiert.

Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ist für eine Verbesserung der Situation und eine kleine kurze Lösung über den Integrationsrat.

Rf. Rodriguez (CDU) ist für eine Vertagung in den nächsten Turnus.

Rh. Feister (CDU) erklärt die Problematik bzgl. der Haftung, wenn etwas „verübersetzt“ wird.

Herr Busch (FDP) ist für Professionalität und Qualifizierung der Sprachmittler und für eine Benennung der Rahmenbedingungen der Stadt.

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), lässt nunmehr abschließend über die Erledigung des Antrags abstimmen.

dafür: 10 (4 CDU, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 AfD, 1 FDP)

dagegen: 5 (SPD)
Enth.: 2 (1 OP, 1 FDP)

Damit ist der Antrag vom Ausschuss für erledigt erklärt.

- 5 Remigius-Krankenhaus
- Antrag der Fraktion Opladen Plus vom 23.06.2023
- m. Schr. Klinikum v. 07.08.2023
- Nr.: 2023/2321

Rh. Adams (OP) bittet um weitere Informationen.

Herr Busch (FDP) lobt die Transparenz der Verwaltung, weil diese das Schreiben des städt. Klinikums für die Sitzung öffentlich zugänglich gemacht hat. Insolvenzen von Krankenhäusern seien inzwischen nichts Ungewöhnliches mehr, wichtig sei aber der Erhalt von Notfallambulanzen.

Herr Meyer zu Berstenhorst (CDU) ist auch für die Erhaltung des Krankenhauses. Die CDU ist dafür, dass sich der Antrag der Fraktion OP bereits erledigt hat.

Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hält den Antrag auch für erledigt.

Rf. Kreuz (CDU) geht davon aus, dass der Antrag schon erledigt war, bevor er gestellt wurde, da der Aufsichtsrat und das Klinikum das ja gut im Blick haben, um die Herausforderungen zu meistern.

Herr Busch (FDP) merkt an, wie das St. Remigius Krankenhaus reagieren würde, wenn das Klinikum das Krankenhaus übernimmt. Mitarbeitende könnten sich sträuben, man muss beide Seiten sehen, die FDP hält den Antrag auch für erledigt.

Rh. Adams (OP) hält den Antrag nicht für erledigt

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), lässt über den Antrag abstimmen.
Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 1 (OP)
dagegen: 16 (5 SPD, 4 CDU, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 BÜRGERLISTE, 1 AfD, 1 FDP, 1 Klimaliste)

- 6 Bericht über die Arbeit der Suchthilfe Leverkusen gGmbH
- Bericht 2022
- Nr.: 2023/2183

Der Tätigkeitsbericht wurde von Frau Vogt und Frau Robertson vorgetragen und vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hat 3 Fragen zum Bericht:

1. Wegen der freien Vakanzen bei den Gesamtstellen: Gibt es Probleme Personal zu finden?
2. Warum gibt es im Verwaltungsapparat 4,5 Stellen? Dies erscheint auf den ersten Blick viel.
3. Zum inhaltlichen stellt sich für ihn die Frage, ob der Suchtkonsum und das Suchtverhalten zugenommen haben bzw. ob das aktuell zunimmt.

Beantwortung der Fragen:

1. Es gibt an sich keine Probleme Personal zu finden, aber bei den befristeten Stellen (z. B. bei Projekten) ist es schwieriger.
2. In den 4,5 Stellen Verwaltungsstellen sind zu den 3 Vollzeitstellen die Sekretariate mit 1,5 Stellen enthalten, die auch den Empfang besetzen, Telefonate führen etc.
3. Aufputzmittel, Amphetamine u. Kokain führen zu Verhaltensveränderungen bei jungen Erwachsenen. Kokain passt gut in die Leistungsanforderungen der Gesellschaft, die gestiegen sind.

Rh. Keith (AfD) ist folgendes aufgefallen bzw. hat folgende Frage:

1. Der Konsum von Crack steigt, das sei medial gerade ein Thema.
2. Aggressive Werbung für Sportwetten und Glücksspiele nimmt zu.
3. Würde eine Entfristung von Projekten bei der Personalfindung helfen?

Frau Robertson beantwortet die 3 Punkte wie folgt:

1. Der Crackkonsum in Leverkusen hat noch nicht spürbar zugenommen, das sei momentan eher ein Problem in den Großstädten.
2. Bei den Glücksspielen ist es so: Je mehr Angebote auch online gehen, je höher steigt die Anzahl der Spielsüchtigen, dies liegt am einfachen und bequemen Zugang von zu Hause aus. Diese Menschen landen meistens aber zuerst bei der Schuldnerberatung, da es einfacher ist, Geldprobleme zuzugeben als Suchtprobleme.
3. Das Projekt „Vernetzte Kids“ ist ein gutes Beispiel, es wurde inzwischen entfristet.

Rh. Adams (OP) fragt nach, wer das Zusammenspiel mit anderen (auch städtischen) Stellen bei den Themen Schuldenproblematik, Wohnungsverlust, Alkoholausschank in Kneipen teilweise erst ab 21 Jahren und Cannabislegalisierung koordiniert. Ferner fragt er die Suchthilfe: „Was wünschen Sie sich von uns?“

Antworten:

1. Die Koordination erfolgt momentan über das befristete Projekt „Gemeinsam sind wir stark“.
2. Zum Thema Cannabis generell: Der Konsum ist bereits da, Ziel der Suchtberatung ist es, das Einstiegsalter möglichst nach hinten zu verschieben und das Konsumverhalten zu reflektieren: Welche Risiken birgt der Konsum für mich, welche Wege führen in die Sucht?
3. Die Suchthilfe wünscht sich eine Fortführung des Projekts „Gemeinsam sind wir stark“. Ferner wünscht sie sich so viele Pauschalfinanzierungen wie möglich. Speziell bei dem inzwischen entfristeten Projekt „Vernetzt für Kids“ wünscht sich die Suchthilfe eine Aufstockung der Stelle auf 30 Std./Woche und eine Finanzierung über das Jahr 2023 hinaus.

Herr Busch (FDP) fragt, ob die Cannabislegalisierung zu mehr Personalbedarf führt und ob Leverkusen einen Drogenkonsumraum braucht.

Antworten:

Bei 1,5 Stellenanteilen können derzeit keine zusätzlichen Schwerpunkte wie die Cannabislegalisierung aufgefangen werden. Der Bedarf an einem Drogenkonsumraum wird derzeit nicht gesehen, aber die Notwendigkeit eines niederschweligen Zugangs zu Cannabis um Beschaffungskriminalität zu reduzieren.

Rh. Feister (SPD) fragt:

1. Kriminalprävention war bereits Thema im Rat. Gibt es Brennpunkte in Leverkusen und wenn ja, liegen stadtteilbezogene Zahlen bereits für 2023 vor?
2. Geht von kostenlosen Onlinespielen mit kostenpflichtigen Bonuspunkten eine schleichende Gefahr aus?

Antworten:

1. Es ist noch zu früh um etwas dazu zu sagen
2. Allgemein gesagt stellen sich Jugendliche schon die Frage, wie sie an Geld kommen um online spielen zu können.

Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) findet das Angebot eines „Frühstücks mit Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen“ für zu wenig.

Antwort:

Niederschwellige Angebote führen aber zu regelmäßigen Kontakten, damit erreicht man eine gute Bindung an die Person.

7 Schuldnerberatung in Leverkusen

7.1 Ausbau der Schuldnerberatung
- Nr.: 2023/2285

Rh. Keith (AfD) stimmt dem Antrag zu und fragt, ob auch bereits junge Leute zur Beratung kommen.

Antwort:

Nein, junge Leute unter 18 Jahren sind eher selten, die Schwerpunkte Schwarzfahren und Handyschulden betreffen meist Erwachsene ab 25 Jahren. Bei den unter 25-Jährigen ist der Anteil der Hilfesuchenden generell gering.

Herr Kraski (CDU) sieht Hemmnisse für ältere Menschen mit Altersverschuldung. Dem Punkt der Prävention muss Nachdruck verliehen werden. Er beantragt eine Vertagung in die Haushaltsberatungen.

Herr Busch (FDP) wäre eher für eine Vorlage der Stadtverwaltung, stimmt dem Antrag aber zu.

Rh. Adams (OP) und Frau Rodriguez (SPD) stimmen dem Antrag ebenfalls zu.

Herr Hollstein (Klimaliste Leverkusen) regt an, dass in der Präambel der Vertragsvereinbarung auch der Personenkreis der Menschen mit Behinderung aufgenommen wird. Das Controlling soll mit aufgenommen werden.

Herr Beigeordneter Lünenbach (Dez. III) teilt mit, dass das Thema bereits bei den Haushaltsberatungen vorgesehen ist, die fachliche Beratung aber vorher hier im Ausschuss erfolgen soll.

Rh. Baake (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ist für den Vertagungsantrag von Herrn Kraski (CDU).

Rh. Feister (CDU) teilt mit, dass die CDU den Antrag gut und wichtig findet und auch zustimmungsbereit ist, wenn in § 3 der Vertragsvereinbarung auch die Themen Prävention und Vermeidung von Altersarmut aufgenommen werden. Sollten diese beiden Punkte mit aufgenommen werden, wäre der gestellte Antrag auf Vertagung hinfällig, die CDU würde dem Antrag zustimmen.

Frau Willich (50) sagte eine Anpassung der Vereinbarung zu den vorgenannten Punkten zu.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage mit vorgenannten Änderungen.

- einstimmig -

7.2 Jahresbericht 2022 der Schuldnerberatung in Leverkusen
- Nr.: 2023/2320

Der Jahresbericht wurde gemeinsam von Herrn Raddatz, Herrn Hackländer (beide Diakonie), Herrn Meier (Arbeiterwohlfahrt - AWO) und Herrn Schmidt (SKM) vorgetragen und vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

8 Förderung einer halben Stelle für die AWO für die Weiterführung und Weiterentwicklung von ehrenamtlich geführten Projekten am Berliner Platz für die Zielgruppe Familien mit Migrationshintergrund ab Februar 2024
- Nr.: 2023/2294

Frau Jennen (AWO) erläutert den Antrag.
Frau Bürgermeisterin Demirci (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt nach, wie hoch die Zahl der Leute ist, die das Angebot nutzt.

Konkrete Zahlen hatte Frau Jennen (AWO) zur Sitzung nicht vorliegen. Sie führt aus, dass seit Beginn des Flüchtlingszustroms im Jahre 2015 dort viele Angebote stattfinden. Sie nennt z. B. Fahrradwerkstatt, Sprachkurse, Nähcafé und Treff am Abend, die von ehrenamtlichen Helfern durchgeführt und von vielen Menschen angenommen werden.

Die Koordination und Betreuung der Ehrenamtlichen wird von einer professionellen Fachkraft vorgenommen. Die Personalkosten werden von der Fernsehlotterie und der Glücksspirale gefördert. In 2024 entfällt diese Förderung. Zur Verstetigung und Weiterentwicklung der Angebote bedarf es der beantragten halben Stelle.

Rh. Feister (CDU) findet, dass der Antrag zu wenig durch Kennzahlen/Controlling hinterlegt ist. Er ist deshalb für Vertagung in den nächsten Turnus des Finanz- und Digitalisierungsausschusses, die AWO soll noch aussagekräftige Zahlen liefern. Darüber hinaus hält er die beantragten Personalkosten zu hoch angesetzt.

Frau Jennen (AWO) erläuterte, dass die Bezahlung nach TVöD SUE 11 b erfolgt und sagte eine Nachlieferung von Zahlen zu.

Redaktioneller Hinweis:

Die Nachlieferung der Zahlen durch Frau Jennen ist inzwischen erfolgt, die entsprechende Tabelle (Kennzahlen) wurde als nachträgliche Anlage vom 13.10.2023 zur Vorlage angefügt.

Frau Willich (50) teilt mit, dass die Personalkosten vertraglich geregelt werden und ein entsprechendes Controlling festgeschrieben wird.

Herr Busch (FDP) und die SPD würden dem Antrag zustimmen, die CDU bleibt hingegen bei ihrem Vertagungsantrag.

Der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), lässt über den Vertagungsantrag in den nächsten Turnus des Finanz- und Digitalisierungsausschusses abstimmen.

dafür: 4 (3 CDU, 1 AfD)
dagegen: 9 (5 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 Klimaliste)
Enth.: 1 (OP)

Somit ist der Vertagungsantrag abgelehnt.

Sodann lässt der Vorsitzende, Rh. Ruß (SPD), über die Vorlage abstimmen.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Vorlage

dafür: 10 (5 SPD, 3 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 Klimaliste)
dagegen: 1 (AfD)
Enth.: 3 (CDU)

- 9 Beauftragter für Fußgänger und Barrierefreiheit
- Antrag der SPD-Fraktion vom 26.06.2023
- Nr.: 2023/2290

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren beschließt einstimmig die Vertagung in den nächsten Turnus.

- 10 Bestellung der Schriftführung und stellvertretenden Schriftführung für den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren
- Nr.: 2023/2368

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Senioren bestellt als

Schriftführerin	Frau Cornelia Jürgens,
1. Stellvertreter	Herr Andreas Krötz,
2. Stellvertreterin	Frau Eva-Maria Henßen.

- einstimmig -

Bericht des Dezernenten

Herr Beigeordneter Lünenbach (Dez. III) übermittelt Informationen zum aktuellen Sachstand im Kontext der Förderkulisse „Stärkungspakt NRW“:

Im Dezember 2022 hat die Landesregierung mit dem „Stärkungspakt NRW – gemeinsam gegen Armut“ ein Unterstützungsprogramm zur Bekämpfung von Armut angekündigt. Die Stadt Leverkusen erhielt insgesamt 1.565.780,00

Euro.

Der Rat der Stadt Leverkusen hat die Verwaltung am 30.03.2023 (Beschlussvorlage Nr. 2023/2143) beauftragt, die „Unterstützungsleistungen für Kommunen in Nordrhein-Westfalen vor dem Hintergrund krisenbedingt steigender Energiepreise sowie der aktuell hohen Inflation“ („Stärkungspakt NRW“) nach den aktuellen Richtlinien des Landes NRW umzusetzen. Hierzu wurden ein Sozialstrukturfonds sowie ein Härtefallfonds für Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen umgesetzt.

Sozialstrukturfond:

Über den Sozialstrukturfond können Leverkusener Träger, Vereine und Einrichtungen aus dem Bereich der „sozialen Infrastruktur“ Unterstützungsleistungen für krisenbedingt steigende Kosten zur Aufrechterhaltung des Betriebs, zur Ausweitung und für die verstärkte Inanspruchnahme durch zusätzliche Angebote erhalten.

Dieses Unterstützungsangebot wurde über die Homepage der Stadt Leverkusen, Pressemitteilungen und Social-Media Posts öffentlich gemacht. Zudem wurden die Träger der sozialen Infrastruktur mehrfach mit niederschwelligem Informations- und Antragsmaterial ausgestattet (zuletzt am 21.07.2023). Darüber hinaus fand am 30.05.2023 eine digitale Informationsveranstaltung über potenzielle Gestaltungsmöglichkeiten statt. In den vergangenen Monaten wurden die Trägern der Wohlfahrt, die Fachbereiche der Verwaltung und weitere soziale Einrichtungen telefonisch und ergänzend durch Gesprächstermine zu den Antragsmöglichkeiten des Fonds informiert.

Mit Stand vom 31.08.2023 wurden 31 Anträge eingereicht, davon wurden bereits 27 Anträge geprüft und bewilligt. Das Antragsvolumen beläuft sich auf rund 663.000 €, Auszahlungen sind in Höhe von 380.000 € erfolgt. Weitere Bewilligungen und Auszahlungen erfolgen sukzessive.

Härtefallfond:

Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen, die die Voraussetzungen der Richtlinien erfüllen, können einmalig einen Antrag auf finanzielle Unterstützung stellen, um u. a. Überschuldung, Energiesperren oder Wohnungsverlust zu vermeiden. Die Antragsstellung erfolgt über das städtische Lotsenteam und/oder einen sozialen Träger. Eine Auszahlung erfolgt direkt an den Energieversorger des Antragstellers.

Mit Stand vom 31.08.2023 wurden 30 Anträge gestellt. Davon wurden 26 Anträge bewilligt und 4 Anträge abgelehnt. Alle bewilligten Anträge wurden bereits ausgezahlt und umfassen ein Finanzvolumen von 4.650 €. Die Ablehnungen erfolgten stets aufgrund der Überschreitung der in der Richtlinie festgelegten Einkommens- und Vermögensgrenzen.

Die Verwaltung ist weiterhin im Gespräch mit den Trägern und Akteuren im Bereich der Beratungsangebote um die vollständige Mittelverwendung abzu-

bilden. Grundsätzlich ist festzustellen, dass der Mittelabfluss auch in den umliegenden Kommunen ähnlich wie in Leverkusen ist.

Flüchtlingsunterbringung in Leverkusen:

Ferner übermittelt Herr Beigeordneter Lünenbach (Dez. III) einen aktuellen Sachstand zur Situation der Flüchtlingsunterbringung in Leverkusen:

Aufgrund der Inbetriebnahme der Landesunterkunft Auermühle erhält die Stadt Leverkusen derzeit keine Zuweisungen, allerdings ist die FlüAG Erfüllungsquote alleine im letzten Monat von 113,83 % auf 108,28 % gesunken.

Die Einrichtung Auermühle ist derzeit mit rund 400 Personen durch die Bezirksregierung Köln belegt. In den kommunalen Gemeinschaftseinrichtungen ist ein leichter Rückgang in den Belegungszahlen zu verzeichnen, derzeit sind von den insgesamt 1283 Plätzen in den Gemeinschaftsunterkünften 1074 belegt. Allerdings ist die Belegungssituation weiterhin angespannt, auch da Personen mit besonderen Unterstützungsbedarfen adäquat untergebracht werden müssen. Ferner ist zu berücksichtigen, dass im 4. Quartal des Jahres witterungsbedingt immer von einem Anstieg des Zustroms zu rechnen ist.

Im Kontext der Inbetriebnahme des ehemaligen St. Josef Krankenhauses befindet sich die Verwaltung in enger Abstimmung mit dem Betreiber, hier sind derzeit bauliche Abstimmungen vorzunehmen.

Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 5/2023)

Es werden keine Zusatzanfragen gestellt.

Der Vorsitzende, Rh. Oliver Ruß (SPD), holt die Vorstellung von Frau Dr. Stevens (53) als Fachbereichsleitung und Nachfolgerin von Herrn Dr. Oehler nach und heißt sie im Namen des Ausschusses herzlich willkommen. Anschließend schließt er die Sitzung gegen 19.35 Uhr.

gez.

Rh. Oliver Ruß
Vorsitzender

gez.

Cornelia Jürgens
Schriftführerin